2 Politik √iertel

IN KÜRZE

Wieder bunt statt braun

Am Heiligabend wollen sich Bielefelder wieder einem Neonazi-Aufmarsch entgegen stellen. Den hat der polizeibekannte Rechtsextremist Marcus Winter aus Minden angemeldet, nachdem seine Aufmärsche im niedersächsischen Bad Nenndorf und Bielefeld im August missglückt waren. In Bielefeld hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften. Kirchen und Initiativen mehr als 800 Bielefelder mobilisiert und verhindert, dass 150 Rechtsextremisten durch die Stadt ziehen. Diesen Erfolg will das Bündnis Heiligabend wiederholen. Engagement ist auch Silvester gefragt. Für den letzten Tag des Jahres hat der Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda eine Demonstration angemeldet.

Denkmal noch immer beschädigt

Die Schäden an der Skulptur >Unter Zwange auf dem Johannisberg sind noch immer nicht behoben. Die Stadt sei weiterhin in Gesprächen mit der Versicherung, sagte Wolfgang Herzog vom >Initiativkreis Skulptur Unter Zwang«. Das Kunstwerk erinnert an ein Zwangsarbeiterlager auf dem Johannisberg. Ein halbes Jahr nach seiner Einweihung war ein 24 Tonnen schwerer Bagger auf die Betonplatte der Skulptur gerutscht. Dadurch hat sich die Platte verzogen. Zudem sind viele kleine Risse entstanden, die sich im Winter durch einfrierendes Wasser noch vergrößern könnten. Auch bei einer Sanierung wären die Schäden deutlich sichtbar.

Naturfussböden Wallholzdielen Wandgestaltung Lehmfarben Lasurtechnik ... Naturdämmstoffe Hanf Cellulose, Holzfaser, Flochs ... Siechenmarschstraße 21 | 33615 Bielefeld Tel. (05 21) 6 49 42 | 6 15 02 | www.oeko-bauwelt.de Öffnungszeiten: Mo-Fr, 9-13 u. 14-18:30 Uhr Sa, 9-15 Uhr, Sonntag Schautag, 13-17 Uhr

Neue Runde im Pömpel-Streit

Im Streit um die Aufstellung von Pollern an der oberen Weststraße sind die Fronten verhärtet. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Bezirksregierung in Detmold. Von Bernhard Wagner

Ein Ende im Pömpel-Streit an der oberen Weststraße ist nicht in Sicht. In der engen Straße weichen Autofahrer oft auf den Gehweg aus. Eine gefährliche Situation für Anwohner, die sich auf dem Bürgersteig aufhalten oder ihr Haus verlassen. An die neun Mal beschäftigte sich die Bezirksvertretung Mitte mit dem Problem und fand schließlich eine ebenso praktische wie kostengünstige Lösung. Einstimmig fassten die Lokalpolitiker den Beschluss, den Bürgersteig an gefährlichen Stellen durch Poller abzusichern. Doch das Amt für Verkehr verweigert die Umset-

Schon bei den Verhandlungen lagen wohl so manche Nerven blank. Mit dem Amt ist der Bezirksvertreter der BfB Hans Micketeit gar nicht zufrieden. Oberbürgermeister Pit Clausen forderte von einigen Bezirksvertretern hingegen ein »Mindestmaß an Respekt« gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung. Vermutlich hat dieser unglückliche Verlauf der Kommunikation zu einer Verhärtung der Amtsposition geführt.

Auch der Stadtrat kam zu keiner vernünftigen Lösung. Der Oberbürgermeister stellte sich hinter die Verwaltung. Nach seiner Rechtsauffassung kann die Bezirksvertretung im vorliegenden Fall nur Empfehlungen aussprechen. Einen Antrag der BfB lehn-



te die Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP

Sonnenblumen statt Pömpel

Die einzige Lockerungsübung kam von den grünen Bezirksvertretern. Am 5. August griffen sie zur Selbsthilfe und stellten anstelle von Pömpeln Sonnenblumen auf den Gehweg der oberen Weststraße. Fraktionsvorsitzende Thea Bauer bedauert nur, dass die Töpfe rasch wieder verschwanden. Wahrscheinlich sind Blumenfreunde dafür verantwortlich

Mit dem Stadtratsbeschluss schien das Anliegen zum Schaden von Anwohnern und Bezirksvertretung erledigt. Doch Bezirksbürgermeister Hans-Jürgen Franz hat nun eine Stellungnahme der Bezirksregierung in Detmold angefordert. Darin soll sowohl die Gefährdungssituation in der oberen Weststraße als auch der Rechtsstatus der Bezirksvertretung geklärt werden. Bis dahin heißt es erst einmal abwarten. Je nach Ergebnis des Gutachtens will Hans Micketeit dann eine Verwaltungsklage prüfen.

Stellt sich die Frage, ob nun auch andere Beschlüsse der Bezirksvertretung nicht realisiert werden. In der Warteschleife der Verwaltung liegen etwa noch die Umsetzung der Tempo 30 Zonen in Schloßhof- und Dornberger Straße. Diesbezüglich sei der Pömpel-Streit sicher ein »Einzelfall«, sagt Bezirksbürgermeister Franz. Allerdings stehen die Tempo-30-Zonen unter dem Finanzierungsvorbehalt des Haushaltssicherungskonzepts. Wann ein paar Euro für neue Straßenschilder übrig sind, steht bei immer knapperen Kassen der Kommunen in den Sternen.

»Bufdis sind kein Ersatz«

Seit Anfang Juli ersetzt der Freiwilligendienst den Zivildienst. Über die Probleme des Übergangs berichtet Jenny Piel

»Zur Berufsorientierung ist so eine Zeit wirklich gut. Nur freiwillig sollte sie sein«, meint Fabian Oberfeld. Als einer der letzten Zivildienstleistenden im ›Franziskus-Hospital musste er noch zwangsweise dienen. Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht ging diese Epoche zu Ende. Denn seither gibt es auch keine ›Zivis‹ mehr, wie die Ersatzdienstleistenden im Volksmund hießen. Die Lücke soll nun der Bundesfreiwilligendienst schließen. 35.000 Stellen sind bundesweit ausgeschrieben. Doch das Interesse am freiwilligen Engagement ist gering. Die Träger der ehemaligen Zivildienststellen sind verunsichert. Schon als die Dienstzeit der Zivis verkürzt wurde, lohnte sich für viele Vereine ihr Einsatz nicht mehr. Frank Horn, Fachbereichsleiter bei der ›Gesellschaft für Sozialarbeit berichtet: »Wir haben die Zivildienststellen schon seit längerem abgebaut. Im Sommer gingen die letzten fünf. Jetzt haben wir einen Beschäftigten aus dem ›freiwilligen sozialen Jahre sowie eine Anfrage.«

Das bestätigt auch Erwin Adams, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bielefeld und weiß zu berichten, dass auch andere Vereine zunehmend auf Teilzeit- und hauptamtliche Kräfte setzen. Wie etwa der Arbeiter-Samariter-

Bund (ASB). »Weil wir wussten, was auf uns zukommt, haben wir uns auf das Ende des Zivildienstes vorbereitet«, so Geschäftsführer Ingo Schlotterbeck. Für ihn sind die ›Bufdis‹, wie er die neuen Freiwilligen nennt, überhaupt kein Ersatz. Nur ungefähr ein Drittel der ehemaligen Zivildienststellen können sie ersetzen. Dazu kommt, dass Anwärter des Bundesfreiwilligendienstes oftmals Jugendliche sind, für die der Freiwilligendienst eine Übergangslösung ist, weil sie weder Ausbildungsstelle noch Studienplatz gefunden haben. Ergibt sich kurzfristig eine Alternative, sind sie weg. Denn eine Verpflichtung, wie beim Zivildienst, gibt es nicht mehr. Deshalb hat auch der ASB aus der Not eine Tugend gemacht. »Wir haben hauptamtliche Kräfte als Ersatz eingestellt. Auch wenn das natürlich teurer kommt«, fasst Ingo Schlotterbeck die neue Lage zusammen.







Rechtsanwälte

Arbeitsrecht Familienrecht Strafrecht Verkehrsrecht Versicherungsrecht

Friedrichstraße 24 – 33615 Bielefeld 0521-557799-0 – www.terlinden-granzow.de